



http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Diskussion_zu_moeglichem_Nationalpark_im_Nordschwarzwald/98871.html

Pressemitteilung 154/2011

Diskussion zu möglichem Nationalpark im Nordschwarzwald

Naturschutz- und Forstminister Alexander Bonde:

„Land möchte zur Versachlichung der Diskussion beitragen und

Berücksichtigung aller Interessen sicherstellen“

Minister macht Region Verfahrensvorschlag - Land gibt Gutachten zu Vor- und Nachteilen eines Nationalparks in Auftrag

14.07.2011 Minister Bonde hat bei einem Besuch des Naturpark-Hauses auf dem Ruhestein die Diskussion zu einem möglichen Nationalpark im Nordschwarzwald aufgegriffen und der Region einen Verfahrensvorschlag unterbreitet. „Wir wollen zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wird daher ein umfassendes Gutachten zu den Vor- und Nachteilen eines möglichen Nationalparks im Nordschwarzwald finanzieren und eine unabhängige und renommierte Wirtschaftsberatungsgesellschaft damit beauftragen. Die gesamte Raumschaft und alle betroffenen Branchen sollen sich an der Konzeption des Gutachtens beteiligen können. Mit dem Gutachten erhalten wir eine gute Grundlage für alle weiteren Gespräche und möglichen Entscheidungen“, sagte der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Alexander Bonde, am Donnerstag (14. Juli) im Naturpark-Haus auf dem Ruhestein (Seebach, Ortenaukreis). Die Landesregierung wolle die Diskussion um die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald ergebnisoffen begleiten. „Mir ist dabei besonders wichtig, dass auch auf kritische Stimmen gehört und diese ernst genommen werden“, betonte Bonde.

Der Minister informierte sich bei seinem Besuch über die Arbeit des Naturparks und tauschte sich mit Vertretern der Raumschaft über weitere Entwicklungsmöglichkeiten aus, auch im Hinblick auf die aktuell in der Region laufende Diskussion über einen möglichen Nationalpark im Nordschwarzwald. Beim Gespräch mit den Landräten Dr. Klaus Michael Rückert (Landkreis Freudenstadt), Frank Scherer (Ortenaukreis), Jürgen Bäuerle (Landkreis Rastatt), Helmut Riegger (Landkreis Calw) und Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner (Baden-Baden) sowie den beiden Regierungspräsidenten Dr. Rudolf Kühner (Regierungspräsidium Karlsruhe) und Julian Würtenberger (Regierungspräsidium Freiburg) unterbreitete der Minister sein Angebot an die Region.

Eine breit angelegte Studie könne gesicherte Erkenntnisse liefern und zur Versachlichung der Debatte beitragen, so der Minister. Die gesamte Region und alle betroffenen Branchen sollten bei der Erstellung des Anforderungskatalogs an das Gutachten, dem „Pflichtenheft“, mitarbeiten. „Mit diesem Verfahren stellen wir sicher, dass niemand befürchten muss, mit seiner

Interessenlage unterzugehen oder in der Studie nicht berücksichtigt zu werden. Alle haben ein Recht auf und die Möglichkeit zur Mitsprache“, betonte Bonde. Er kündigte an, dass sich im Herbst eine Fachtagung mit den Fragen rund um die Erstellung eines solchen Anforderungskatalogs beschäftigen werde; bei den Gesprächspartnern warb er für einen umfassenden Partizipationsprozess gerade auch auf kommunaler Ebene. „Das Land macht dem Nordschwarzwald mit einem solchen Gutachten ein Angebot, bei der konkreten Ausgestaltung sind aber die Akteure vor Ort gefragt“, so Bonde.

Die Bündelung der zu berücksichtigenden Aspekte und der Anforderungen an die Studie übernimmt ein Koordinator aus der Region. Der Vorsitzende des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord, Landrat Dr. Klaus Michael Rückert, hat sich zu dieser Aufgabe bereit erklärt. Er sieht in Bondes Vorschlag eine große Chance für die Raumschaft. „Mit diesem Weg ist es uns vor Ort möglich, alle betroffenen Bereiche und Belange zu identifizieren und dann in aller Ruhe und mit dem notwendigen Sachverstand einer Bewertung zu unterziehen“, sagte Rückert.

„Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die grün-rote Landesregierung stehen für eine Politik des Gehörtwerdens. Ein Projekt wie ein Nationalpark kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von der Region getragen wird“, betonte Minister Bonde abschließend.